

Das GRÜNE in der Bürgerschaft

Aus dem Landtag vom 17. April 2013

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/hyo>

Sucht geht uns alle an

Noch immer gibt es zu viele Kinder und Jugendliche, die mit Alkoholvergiftungen in Krankenhäuser eingeliefert werden, der Alkoholverkauf an Minderjährige geht trotz Testkäufen weiter. Verbote allein genügen offenbar nicht, hier sind verstärkte vorbeugende Maßnahmen gefragt in Zusammenarbeit der verschiedenen fachlich beteiligten Senatsverwaltungen Gesundheit, Soziales, Bildung und Inneres. Dies greift eine Große Anfrage auf, die heute diskutiert wurde.



Die Gesundheitspolitikerin Kirsten Kappert-Gonther, die den Impuls für diese Anfrage gab, bedankte sich beim Senat für die fachlich hervorragende und präzise Antwort. Dort werden Möglichkeiten für die Kinder und Jugendlichen aufgezeigt. Gute Suchtprävention, so Kappert-Gonther, gehört zu dem Schwierigsten, was man sich vornehmen kann, und es gehört gesundheitspolitisch und auch gesundheitsökonomisch zu einer der wichtigsten Aufgaben. Drakonische Maßnahmen, wie etwa der in der Bundes-CDU diskutierte Vorschlag, den Eltern von Kindern, die mit Alkoholvergiftungen ins Krankenhaus kommen, Strafgebühren aufzubrummen, helfen nicht weiter. Im Gegenteil: Alles was das offene Gespräch und den offenen Umgang mit dem schwierigen Thema Alkoholmissbrauch fördert, ist richtig. Darüber hinaus sollte Werbung für Alkohol bei Sportveranstaltungen eingeschränkt und besser für die Einhaltung des Jugendschutzgesetzes gesorgt werden.

Zur Zukunft der Sondervermögen

Die vor gut zehn bis zwölf Jahren gegründeten Sondervermögen Bremens sollten höhere Transparenz und Effizienz durch kaufmännische Führung und damit höhere Flexibilität bei der Kreditaufnahme und beim Personal bieten. Inzwischen wurde unter der Regierung von Rot-Grün die Haushaltspolitik geändert: Die kamerale Haushaltsführung wird durch Produktgruppenhaushalte ergänzt, und seit dem 1. Januar 2010 legt die Freie Hansestadt Bremen jährlich eine "Eröffnungsbilanz" nach doppischer Haushaltsführung vor. Im Zuge der Vereinbarungen mit Bund und Ländern zur der Haushaltskonsolidierung ist die Kreditaufnahme durch Sondervermögen untersagt, die Beziehungen zwischen Kernhaushalt und den Sondervermögen ist zu wenig transparent. Ob also das haushaltspolitische Instrument "Sondervermögen" noch zeitgemäß ist, hinterfragt eine Große Anfrage der Grünen-Fraktion.



Der Senat antwortete unter anderem, die „Zusammenfassung des öffentlichen Grundvermögens in der Rechtsform von aufgabenorientierten Sondervermögen“ beizubehalten. Er gestand zwar zu, einige Sondervermögen auf ihre Organisationsform und die Transparenz hin zu prüfen, aber eine „grundlegende

Was noch?

Die EU-Mittel für das Modellprojekt "Familienklasse" laufen leider Ende 2013 aus. Verhaltensauffällige SchülerInnen kommen mit ihren Eltern in den Unterricht, um gemeinsam an Schularbeiten oder anderen Aufgaben zu arbeiten. Sie lernen, besser mit dem Schulalltag zurechtzukommen, und die Eltern, wie sie ihre Kinder zu Hause besser unterstützen können. Der Senat prüft eine Fortführung.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de

Evaluation und Überprüfung dieses haushaltspolitischen Instruments wird [...] nicht als erforderlich angesehen.“ Davon nicht überzeugt zeigte sich der haushalts- und finanzpolitische Sprecher Hermann Kuhn. So sei ein Flächenmanagement auch gut ohne Sondervermögen leistbar, wie das Beispiel der Hochschulen zeige. Und wenn der Senat der Ansicht sei, mit Sondervermögen eine „ökonomisch orientierte Bewirtschaftung“ zu gewährleisten, stelle sich die Frage, ob öffentliches Vermögen, das nicht in Sondervermögen zusammengefasst ist, nicht ökonomisch bewirtschaftet werde. Letztlich leide die Einheitlichkeit und Kohärenz des staatlichen Haushaltswesens und damit auch die Transparenz. Und so nahm Hermann Kuhn zwar die Antwort des Senats zur Kenntnis, zeigte sich aber sicher, dass es nicht die letzte Frage und die letzte Antwort gewesen sei.

Erbsen wachsen nicht in der Dose

Aktuelle Studien belegen, dass der regelmäßige Aufenthalt von Kindern in der Natur bedeutsam für ihre gesunde körperliche, psychische und soziale Entwicklung ist. Ein heute beschlossener Antrag fordert den Senat dazu auf, den Kindern in den Tageseinrichtungen vielfältige Naturerfahrungen zu ermöglichen – sei es durch Umgestaltung der Außengelände oder durch Benennung von Bereichen in Bremen und Bremerhaven, die sich für Wald- und Wildnistage eignen.



Stephan Schlenker, kinderpolitischer Sprecher, hatte den Antrag auf den Weg gebracht und ging auf zwei Erkenntnisse ein, die ihn tragen. Schon kurz nach der Geburt kommt kleinen Kindern die Erkenntnis, sich im Raum bewegen zu wollen, wenn sie etwas zu greifen versuchen. Diese Erkenntnis muss jedoch erlernt und geübt werden. Die Bewegung im Raum führt zu ausgeprägten Hirnreifungen und ist Grundlage späterer mathematischer und geometrischer Vorstellungen. Die zweite Erkenntnis kommt aus der Erfahrung mit der Natur, wo Kinder sehen und fühlen können, wie Vieh lebt und weidet, wie die Nahrungsmittel langsam wachsen und reifen. Dies führt nachweislich zu anderem Ernährungsverhalten und zu einer Steigerung der seelischen Gesundheit.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de